

"BEILAGE 1"

ÖVP-Gemeinderatsklub Wilhelmsburg
Stadtrat Markus Holzer

Dringlichkeitsantrag

gem. § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973, LGBL. 1000 idgF., zur Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderats am 26. September 2019

Amt der NÖ Landesregierung Instandsetzung Sohlschwelle Kreisbach bei Grundstück Riedl Beate Interessentenbeitrag in der Höhe von € 10.000,-

Begründung der Dringlichkeit:

Förderansuchen und Verpflichtungserklärung muss bis spätestens 30. September 2019 unterfertigt beim Amt der NÖ Landesregierung eingelangt sein.

Antragsteller: STR Markus Holzer



26. September 2019

An den Gemeinderat der
Stadtgemeinde Wilhelmsburg

DRINGLICHKEITSANTRAG

Gem. § 46. Abs. 3, NÖ – Gemeindeordnung
Gemeinderatssitzung am, 26.09.2019

Resolution des Gemeinderates

Öffnung der Haltestelle Göblasbruck als Bedarfshaltestelle

Seit der Schließung der Haltestelle Göblasbruck 2013 erreichen uns immer wieder Anfragen zur Öffnung der Haltestelle. Diese Haltestelle wurde vor allem von den PendlerInnen gerne benutzt, da hier direkte Verbindungen zu den Anschlüssen gegeben waren. Heute müssen diese Menschen auf den Bus umsteigen, der eine viel längere Fahrtzeit aufweist und nicht direkt mit den weiteren Verkehrsverbindungen einhergeht.

Auf Grund dessen, dass sich im Bereich Göblasbruck immer mehr Menschen in nächsten Jahren ansiedeln werden (Zöchlinggründe) ist die Öffnung der Haltestelle Göblasbruck als Bedarfshaltestelle unbedingt erforderlich.

Irrwitzig bei der ganzen Sache ist, dass der Zug seit Einstellung der Haltestelle nicht schneller unterwegs ist, sein Ziel St. Pölten oder Lilienfeld in der gleichen Fahrtzeit erreicht und sogar oft in Göblasbruck Halt macht um die Fahrtzeit einzuhalten!

ANTRAG

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Resolution

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Wilhelmsburg fordert die Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner, sowie DI Ludwig Schleritzko auf, entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Bedarfshaltestelle Göblasbruck zu ermöglichen.



Wilhelmsburg 19.09.2019 Sabine Hippmann, Higer Bernhard, Verena Wurm

Dringlichkeitsantrag
"BEILAGE 3"



An den Gemeinderat der
Stadtgemeinde Wilhelmsburg

DRINGLICHKEITSANTRAG

Gem. § 46. Abs. 3, NÖ – Gemeindeordnung
Gemeinderatssitzung am, 26.09.2019

betreffend

Plastikgeschirrfreie, plastikbecherfreie Veranstaltungen der Gemeinde

Die Grünen Wilhelmsburg stellen daher folgenden

ANTRAG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Plastikgeschirrfreie , plastikbecherfreie Veranstaltungen der Gemeinde

Begründung der Dringlichkeit:

Einweg
In Zeiten der Thematisierung des Werkstoffes Plastik wäre es an der Zeit auch für die Veranstaltungen in Wilhelmsburg eine plastikgeschirr- und plastikbecherfreie Zone zu schaffen. Es bieten sich viele Alternativen dazu an, sei es einen Kaffee/Teebecher aus Keramik (Pfandsystem), als Geschirralternativen, hier gibt es unterschiedliche Materialien wie z.B Bambus, Maiskeimstärke usw., oder das Geschirrmobil des GVV. Dies umzusetzen sollte leicht möglich sein, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Das könnte gleich beim kommenden Adventmarkt gezeigt werden.

Wilhelmsburg 19.09.2019 Hippmann Sabine, Higer Bernhard, Wurm Verena

"BEILAGE 4"

Freiheitliche GR-Fraktion Wilhelmsburg

An den Gemeinderat
der Stadtgemeinde Wilhelmsburg
z.Hd. Hr. Bürgermeister

Wilhelmsburg, am 26.09.2019

Dringlichkeitsantrag

gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung

Die unterfertigenden Gemeinderäte der FPÖ stellen den Antrag, die Tagesordnung um folgenden Tagesordnungspunkt zu erweitern:

Verbesserungsmaßnahmen gegen das Blockieren der Ein- und Ausfahrt vom Conrad-Lester-Hof und der Einsatzzentrale des Samariterbund setzen.

Obwohl auf der B20 momentan ein „Ausfahrt freihalten“ Schild existiert, kommt es immer wieder vor, dass unaufmerksame Autofahrer die Ein- und Ausfahrt blockieren. Der oben genannte Missstand hat zur Folge, dass die Einsatzkräfte des Samariterbundes oft nicht schnellstmöglich ausrücken können. Dies liegt im Warten auf die Auflösung des Verkehrs bei roter Ampel (Weberkreuzung) begründet. Weiters entstehen durch diese unglückliche Situation auch den Anrainern des Conrad-Lester-Hofs, sowie dem Kindergarten, Probleme.

Beispiele für mögliche Maßnahmen: Man könnte das bisher angebrachte Schild erneuern, vergrößern und sichtbarer aufstellen. Des Weiteren wäre es zielführend an der Straße dementsprechende Bodenmarkierungen anzubringen. Eine Erweiterung bzw. Einbindung der bestehenden Ampelanlage bezüglich der Ein- und Ausfahrt wäre von Nutzen.

Begründung der Dringlichkeit:

Es ergeht der dringende Antrag aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Wiederherstellung der Flüssigkeit des Straßenverkehrs, im Bereich der Ein- und Ausfahrt des Conrad-Lester-Hofs, Verbesserungsmaßnahmen gegen das Blockieren zu setzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, im Sinne der Antragsbegründung, die Zuweisung an die zuständigen Stellen in die Gänge zu setzen und somit geeignete Verbesserungsmaßnahmen, bezüglich des blockierenden Verkehrs bei roter Ampel, zu erwirken.

Unterschrift(en): Christian Brenner, FPÖ

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Christian Brenner', written in a cursive style.



Stadtgemeinde A - 3150 Wilhelmsburg

A-3150 Wilhelmsburg, Hauptplatz 13 – Bezirk St. Pölten – Bundesland Niederösterreich

Telefon: +43(0)2746/2315-0/Fax:2315-64/e-mail:stadtgemeinde@wilhelmsburg.gv.at

Bankverbindungen:

Sparkasse NÖ Mitte West AG, IBAN AT912025600100026335, BIC SPSPAT21XXX

Raiffeisenbank Traisen - Göltsental, IBAN AT943244700000706002, BIC RLNWATWWLFD

NIEDERSCHRIFT

über die unvermutete Sitzung des Prüfungsausschusses am 25.06.2019

Beginn: 08.00 Uhr

Ende: 09.30 Uhr

Anwesende: GR Mag. Wilhelm Schreiber als Vorsitzender
GR Hanspeter Scheiber
GR Herbert Müllner
GR Christine Choholka
GR Christian Brenner
GR Roman Lindner

Entschuldigt: GR Eva Prischl

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Tagesordnung:

1. Kassengebarung
2. Allfälliges

Zu 1.: Kassengebarung (per 25.06.2019)

1) Hauptkassa	€	4.977,12
setzt sich zusammen:		
Buchungsabschluss per 11.06.19	Beilage 01	€ 1.856,81
Hauptkassa Kontoabstimmung per 25.06.19	Beilage 02	€ 4.797,32
Bareinnahmen per 25.06.19	Beilage 03	€ 179,80
Hauptkassa Kontrolle Prüfungsausschuss per 25.06.19	Beilage 02	€ 4.977,12
2) Nebenkassa	Beilage 04	€ 700,45
Barsaldo per 25.06.19	€	5.677,57
3) Girokonten-Salden		
Buchungsabschluss per 11.06.19	Beilage 05	
Sparkasse	€	- 946.620,28
Raiffeisenbank	€	29.658,80
Kontrolle Prüfungsausschuss per 25.06.19		
Sparkasse	Auszug 116/01	€ - 1.094.416,67
Raiffeisenbank	Auszug 63/001	€ 33.713,85
Girokontensaldo per 25.06.19	€	- 1.060.702,82
Gesamtsaldo (Bar + Girokonten) per 11.06.19	€	- 915.104,67
Gesamtsaldo (Bar + Girokonten) per 25.06.19	€	- 1.055.725,70

Bemerkungen:

1. letzter Buchungsabschluss war der 11.06.19 daher keine Belege eingebucht per 25.06.19.
Vorlage des letzten Tagesabschlusses per 17.06.19
Die Unterschriften Bürgermeister, Kassenverwalter und Finanzverwaltung fehlen daher.
Kassenverwalter Alois Fischer erklärt den Anwesenden das aktuelle Personalproblem. Krankheit einer Mitarbeiterin.
siehe Beilage: **06**
2. Im vorgelegten Protokoll „Zahlungsdatenträger“ per 17.06.19 sind in der Spalte Anmerkung zwei Verweise „Summe der offenen Posten ungleich Einzahlungsbetrag“
Diese Unklarheiten wurden vom Kassenverwalter ausführlich erklärt.
siehe Beilagen: **07/1 – 07/3**
3. Kassaverwaltung Parkbad:
Kassenverwalter Alois Fischer erklärt die Vorgangsweise.
Zu Saisonbeginn erhalten die beiden Personen ein Handgeld in der Höhe von € 700,--
Handgeld wird privat verwahrt und täglich zu Kassabeginn in die Kassa eingebracht.
Die täglichen Bareinnahmen werden täglich von den zuständigen Personen an die Sparkasse übertragen.
Bei der stichprobenartigen Überprüfung der Belege wurde festgestellt, dass der Beleg HK/317 (Auszahlung Handgeld an Frau Isabella Königsberger vom 29.04.19) in der Höhe von € 500,-- fehlt oder ist falsch eingeordnet.
Da eine sofortige Berichtigung nicht möglich war, legt Herr Alois Fischer eine Kopie des Beleges vor.
Bis zur nächsten Sitzung des Prüfungsausschusses bzw. der GR-Sitzung im Herbst 2019 sollte der fehlende Beleg vorhanden sein.
siehe Beilagen: **08/1**
09/1 – 09/4
4. Schlüsselaufbewahrung
Tresorschlüssel – 2 Stück:
1 beim Kassenverwalter
2 im Tresor beim Stadtamtsdirektor
5. Die Buchungsaufzeichnungen sowie alle anderen Aufzeichnungen der geprüften Kassen waren in Ordnung und von den verantwortlichen Personen sehr sorgfältig geführt.

Vollständigkeitserklärung des Kassenverwalters:

Der Kassenverwalter bestätigt mit seiner Unterschrift, dass alle Unterlagen der Kassenverwaltung vollständig vorgelegt wurden.


.....
Kassenverwalter
Alois Fischer


Vorsitzender

Wilhelmsburg, 25.06.2019

Mitglieder

Je eine Ausfertigung erhalten:

Bürgermeister
Kassenverwalter
GR Mag. Wilhelm Schreiber als Vorsitzender
SPÖ-Klub
ÖVP-Klub
FPÖ-Klub
Die GRÜNEN

„BEILAGE 6“

Resolution des Gemeinderates der Stadtgemeinde Wilhelmsburg betreffend Bekenntnis zur Eindämmung der drastischen Folgen des Klimawandels als Aufgabe von höchster Priorität und Forderung zur Setzung entsprechender Maßnahmen

„Seit mehreren Monaten demonstrieren zehntausende Menschen österreichweit im Rahmen der Fridays For Future-Bewegung. Sie fordern, dass der Nationalrat und die Bundesregierung, die Bundesländer, die Städte und die Gemeinden sofort, effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen, denn die Klimakrise ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem.“

Mit diesen Worten beginnt die von Fridays For Future ausgearbeitete Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency in Österreich. Tatsächlich ist die Klimakrise auch längst in Österreich angekommen. Die vergangenen vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Die jungen Menschen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen!

Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1°C gestiegen, weil die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten unnatürlich stark angestiegen ist. Aufgrund lokaler Gegebenheiten beträgt der bereits erfolgte Temperaturanstieg im Alpenraum sogar über 2°C. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

In den Jahren 2013, 2015 und 2017 gab es in Österreich mehr Hitzetote als Verkehrstote, die vergangenen 4 Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messgeschichte.

Die mit dem fortlaufenden Temperaturanstieg verbundenen Folgen in Niederösterreich und der gesamten der Alpenregion sind insbesondere:

- wachsende Intensität und Frequenz von Niederschlägen,
- mehr Hagel, aber auch
- mehr Dürreperioden,
- Verringerung des Bodenwassergehalts,
- Hochwasser,
- Murenabgänge,
- Schädlingsinvasionen.

Für die Menschen steigen die gesundheitlichen Risiken sowohl direkt durch die Hitze als auch aufgrund der damit steigenden Verbreitung von Krankheitserregern. Auch viele Tiere leiden darunter, Artensterben und Biodiversitätsverluste werden beschleunigt. Wetterextreme und Naturkatastrophen treten durch die Klimakrise häufiger und in größerer Intensität auf.

Auf kommunaler Ebene und daher in unserer Gemeinde sind insbesondere folgende Maßnahmen sinnvoll und notwendig:

1. Schaffung von (zusätzlichen) Versickerungsflächen: Neben großen Wassermengen durch Starkregenereignisse ist die Versiegelung von Freiflächen mitverantwortlich für die Gefährdung von Infrastruktur und Wohngebäuden. Je mehr Boden wir versiegeln, desto weniger Flächen stehen zur Verfügung, auf denen Niederschläge versickern und verdunsten können. Das auf den versiegelten Flächen anfallende Wasser muss aber abgeleitet werden, damit Verkehrswege und Keller nicht überflutet werden oder sonstige Schäden an der Infrastruktur entstehen. Eine Herausforderung ist dies insbesondere deshalb, weil kleinräumige Starkregenfälle infolge des Klimawandels intensiver werden. Bei Starkregenereignissen kann der Boden die anfallenden Wassermengen oft nicht mehr aufnehmen.
2. Stoppen der Zersiedelung: Zersiedelung ist teuer und verbraucht sehr viele Ressourcen, da jedes neue Haus an das Straßen-, Strom- und Kanalnetz angebunden werden muss, darüber hinaus werden die täglichen Wege länger und die Bodenversiegelung stellt ein weiteres Problem dar, weshalb in der Raumordnung darauf Bedacht zu nehmen ist.
3. Baumpflanzungen und Aufforstung: Die Treibhausgas-Emissionen zu senken, wird nicht mehr reichen, um den Klimawandel in Schach zu halten. Zusätzlich muss CO₂ der Atmosphäre – etwa durch Aufforstung – entzogen werden. Weltweit könnten der Atmosphäre durch Aufforstung 205 Gigatonnen CO₂ entzogen werden. Jüngst hat Äthiopien ein beispielloses Programm zur Pflanzung von 4 Milliarden Bäumen gestartet.
4. 30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung auf Gemeindestraßen: Untersuchungen bei der großflächigen Einführung von Tempo 30-Zonen in Graz ergaben hinsichtlich Schadstoffemissionen und Treibstoffverbrauch im Vergleich zu Tempo 50 folgende Werte: Stickoxide (NO_x): bis zu minus 32 %; Kohlenmonoxid (CO): bis zu minus 3 %; Kohlenwasserstoff (HC): bis zu minus 17 %; Verbrauch, Kohlendioxid (CO₂): bis zu minus 1 %; auch Lärmemissionen sinken und es gibt tendenziell weniger Durchzugsverkehr und weniger Stau (auch durch gleichmäßigeren Verkehr) auf diesen Straßen.
5. Ausbau des lokalen Radwegnetzes: Wenn mehr Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden, werden dadurch weniger Fahrten mit dem KFZ erforderlich und reduziert sich daher der verkehrsbedingte Anteil am CO₂ Ausstoß. Dafür ist jedoch die Attraktivierung des Radverkehrs durch Schaffung eines geeigneten Radwegnetzes innerhalb der Gemeinde unumgänglich, wie einige Beispiele etwa aus Deutschland und den Niederlanden zeigen.
6. Förderung € 365 Jahresticket für den öffentlichen Personenverkehr und Ausbau des Wegenetzes: Auch hier gilt, dass weniger CO₂ Ausstoß durch weniger Fahrten mit dem eigenen KFZ erfolgt. Dafür muss aber der ÖPNV entsprechend – durch Senkung der Kosten einer Jahreskarte – attraktiviert werden. Auch ist insbesondere im ländlichen Raum ein entsprechendes Angebot (Taktverdichtung, Linienführung) zu schaffen, welches eine echte Alternative zu Individualverkehr darstellen kann. Die Gemeinde sollte auch eigene attraktive Angebote für Benutzer von öffentlichen Verkehrsmitteln überlegen (zB. Schnupperticket).
7. Ausbau des öffentlichen Mikro-Verkehrs: da in zahlreichen Gemeinden das Auto nur schwer zu ersetzen ist, kann man mit „Mikro-Öffis“ (zB. Gemeindetaxis, Discobusse, Jugendtaxis, Fahrgemeinschaftsbörsen) eine praktische Alternative anbieten, die sich schon in zahlreichen Pilotprojekten bewährt hat.

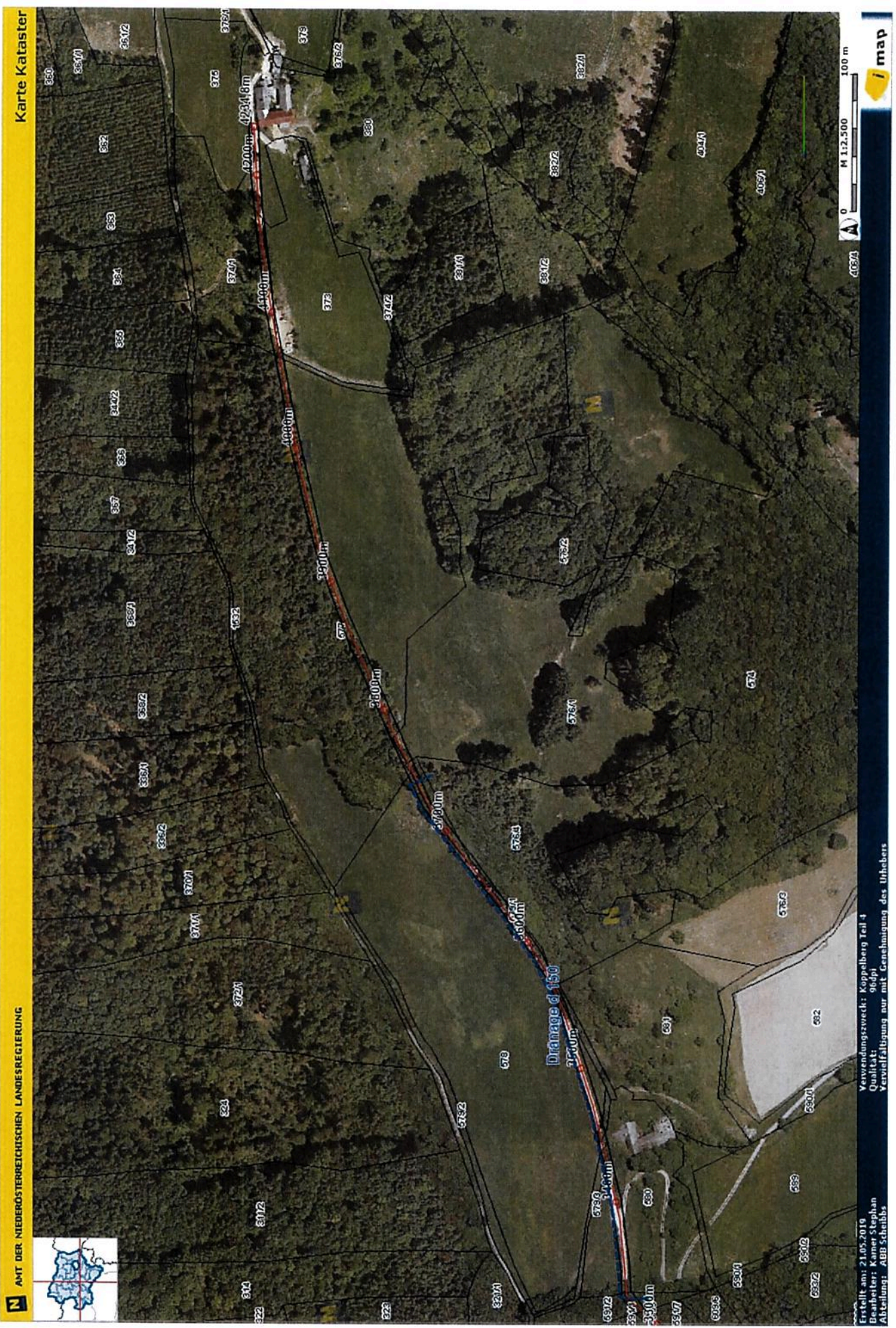
8. Blühwiesen und Insektenhotels: Blühende Wiesen bilden wertvolle Biotope und geben Bienen, Schmetterlingen und Käfern ein Zuhause. Dem Insektensterben kann man durch diese Maßnahmen effektiv entgegenwirken.
9. Plastikfreie Gemeinde: Änderung der eigenen Einkaufspolitik der Gemeinde, neue Serviceangebote für Private und Vereine (zB Mietgeschirr), Forcierung von „Unverpacktläden“ um erst gar keinen Plastikabfall in der Gemeinde entstehen zu lassen.
10. Fassaden- bzw. Dachbegrünung: Fassadenbegrünungen bieten Lebensräume für Tiere in Gemeinde und Stadt, beeinflussen das Kleinklima aufgrund der beschattenden Wirkung und Verdunstung positiv und besitzen somit die Funktion einer lokalen "naturnahen Klimaanlage". Dieser Effekt ist umso größer, je mehr Gebäude eines Gebietes begrünt werden. Darüber hinaus werden schädliche Luftinhaltsstoffe und Staub vom dichten Laub einer Fassadenbegrünung festgehalten. Zusammen mit ihrer Verdunstungsleistung stellen Grünfassaden eine naturnahe Luftreinigungsanlage mit sehr geringem Platzbedarf dar, sie produzieren noch dazu Sauerstoff und binden CO₂.
11. CO₂-neutrales Bauen und Sanieren: Mit der Verwendung nachhaltiger Energie und einer entsprechenden Bauweise gelingt es bereits jetzt, Häuser zu bauen, die sich ausschließlich erneuerbarer Energie bedienen. Im künftigen Energieausweis werden auch die CO₂-Emissionen für Heizung und Warmwasser ausgeworfen – Angaben zur CO₂-Emission werden in Zukunft Standard.
12. Forcierung Regionaler Produkte: durch den Entfall langer Transportwege werden erhebliche Mengen an CO₂ eingespart, darüber hinaus wird die heimische (Land)Wirtschaft gestärkt.
13. Wasser ressourcenschonend verwenden: Die Verwendung von Regentonnen und Zisternen, maßvolles Gießen im Sommer sowie Trennung von Trink- und Brauchwasser in Gebäuden reduzieren den Wasserverbrauch.
14. Bewusstseinsbildende Maßnahmen seitens der Gemeinde (zB Infos in Gemeindezeitungen): Durch entsprechende Informationen und Initiativen in den Gemeindezeitungen kann die Eigenverantwortung und -initiative der BürgerInnen gestärkt werden, da die Gemeinde auch auf entsprechende Mitwirkung der BürgerInnen angewiesen ist.

Es ist höchste Zeit zu handeln!

Die Stadtgemeinde Wilhelmsburg bekennt sich im Sinne der Antragsbegründung zu den oben genannten Punkten und wird diese im eigenen Wirkungsbereich umsetzen."

BEILAGE 7

Beilage Seite 1 des Beschlusses im GR vom 26.9.2019

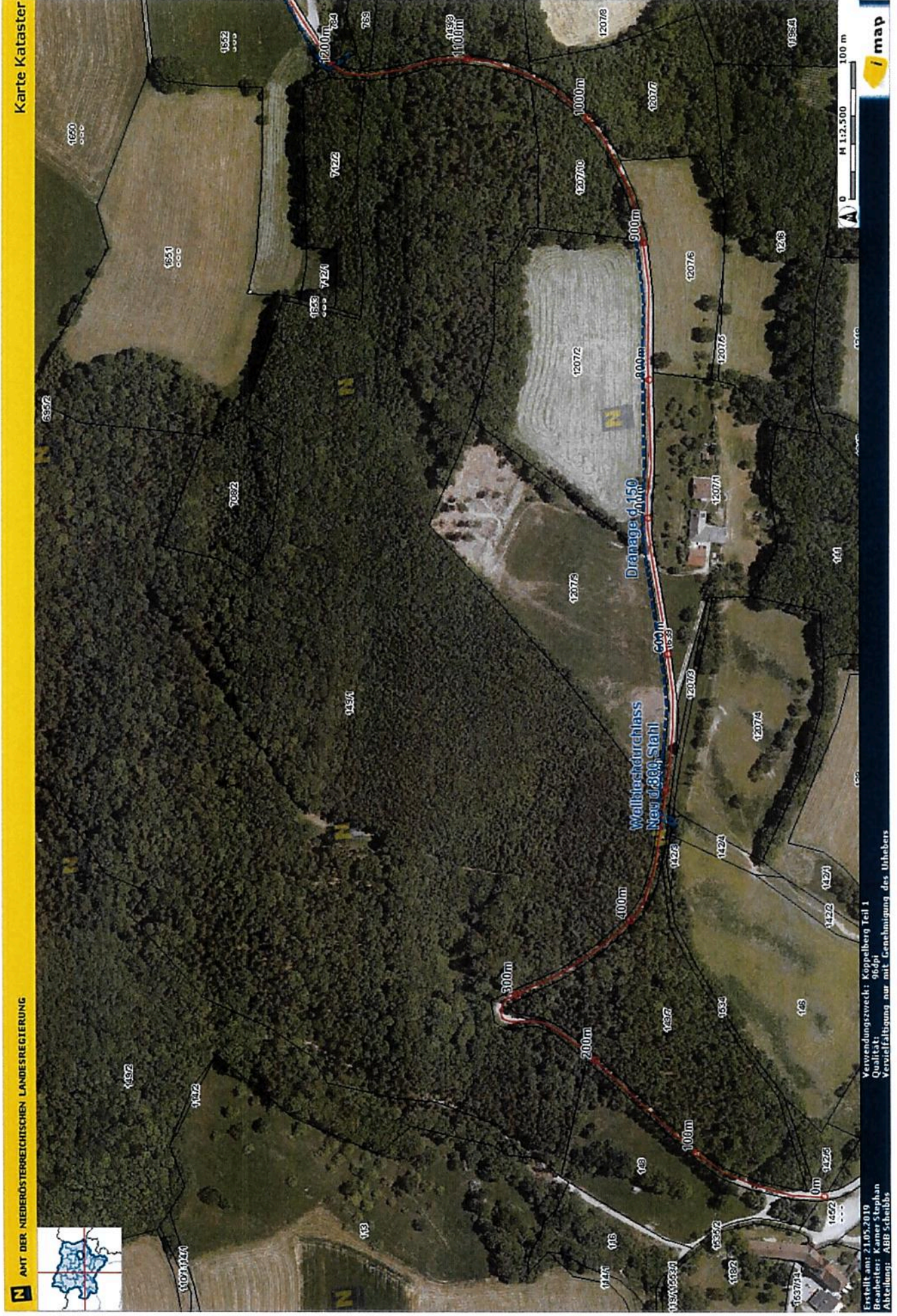


"BELLE 8"



Beilage Seite 3 des Aktraps im GE vom 26.9.2019

"BELLAGE 9"



II BEILAGE 10'

Beilage 4 des Entwurfs in Stb vom 26.9.2019

